Datenschutzhinweis gem. Art. 13 und 14 DSGVO
zur Erhebung von personenbezogenen Daten im Zusammenhang
mit der Vollstreckung in der Stadtkasse

---

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die Stadt Straubing (Theresienplatz 2, 94315 Straubing, poststelle@straubing.de; 09421/944-0), vertreten durch den Oberbürgermeister, verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Fachbereich Finanzen, Vollstreckungsabteilung Stadtkasse.

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Stadt Straubing
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Theresienplatz 2
94315 Straubing
datenschutz@straubing.de
09421/944-60182

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden für die Vollstreckung offener Forderungen benötigt.

Die Rechtsgrundlagen, auf der Ihre Daten erhoben und verarbeitet werden, sind:
- Art. 6 Abs. 1 DSGVO, insb. zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Buchst. c),
- Art. 4 Abs. 1 BayDSG i.V.m. KommHV-Doppik / KommHV-Kameralistik,
- Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung,
- Verwaltungsvollstreckungsgesetz Bayern,
- Insolvenzordnung,
- Zivilprozessordnung.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten

Wir verarbeiten folgende personenbezogenen Daten:
- Persönliche Identifikations- und Kontaktdaten (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdatum, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Aktenzeichen des jew. Gläubigers, FAD)
- Bankdaten: IBAN und BIC
- Angaben über geleistete oder erstattete Zahlungen und den zugehörigen Zahlungsgrund
- Für Entscheidungen im Vollstreckungsverfahren erforderliche Informationen (z.B. Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, Familienstand und unterhaltsverpflichtete Personen, Einkommen, Arbeitgeber, Angaben zu einer möglichen Insolvenz, Vermögensauskünfte und ggf. Einträge im Schuldnerverzeichnis)

5. Quellen der Daten

Ihre personenbezogenen Daten erhalten wir von Gläubigern der jeweiligen Forderung:
Von den Fachämtern und weiteren Mandanten / Einrichtungen für welche die Buchhaltung und der Zahlungsverkehr auf die Stadtkasse übertragen worden sind, sowie anderen um Vollstreckung ersuchenden Stellen.
Zudem erheben wir auch Daten bei Ihnen selbst, z.B. durch formularmäßige Fragebögen.
Wir erheben darüber hinaus Ihre Daten auch von Dritten bzw. im Rahmen der Amtshilfe, soweit diese Stellen gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet sind (z.B. Meldedaten der Meldebehörde, Registerportale, Drittschuldner, Rententräger, Zollbehörden, Kraftfahrtbundesamt, u.a.).

6. Empfänger der Daten oder Kategorien von Empfängern
Zur Erfüllung dieser Aufgaben dürfen Ihre Daten an die Buchhaltung der Stadtkasse, an die Fachämter und die weiteren Mandanten / Einrichtungen (siehe oben), an andere um Vollstreckung ersuchende Stellen, die Auftragsverarbeiter der Stadt Straubing sowie an Drittschuldner, Gerichte, gesetzlich Bevollmächtigte und gesetzliche Vertreter weitergegeben werden.

Im Übrigen werden Ihre Daten nur dann weitergegeben, wenn hierzu eine rechtliche Verpflichtung besteht oder Sie darin eingewilligt haben.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland
Eine Übermittlung in ein Drittland erfolgt unsererseits nicht.

8. Vorgesehene Fristen für die Löschung der verschiedenen Datenkategorien
Als Kriterien für die Löschung Ihrer Daten sind die gesetzlichen Verjährungs- bzw. Aufbewahrungsfristen vorgesehen:
§ 33 i.V.m. § 69 und § 37 sowie § 58 KommHV Doppik (6 bzw. 10 Jahre)

Die Fristen beginnen gemäß § 69 Abs. 2 Satz 4 KommHV Doppik am 1. Januar des der Aufstellung des Jahresabschlusses folgenden Haushaltsjahres im Kassenverfahren.

Die Speicherung im Vollstreckungsprogramm erfolgt bis zur endgültigen Erledigung des Vollstreckungsfalles bzw. bis zum Ablauf von Insolvenzanfechtungsfristen.

9. Betroffenenrechte
Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:
Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung
Wenn Sie in die Datenerhebung durch den Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten
Eine Verpflichtung zur Datenabgabe ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO, dem Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, dem Verwaltungs-vollstreckungsgesetz und der Zivilprozessordnung.
Soweit wir Daten bei Ihnen selbst erheben geschieht dies freiwillig.